

AntragstellerInnen:
Landesvorstand

Antrag:
Verfassungsschutz

D3-1_1

1 **Ersatz von D3 durch folgenden Text:**

2

3 Angesichts des Versagens des Landesverfassungsschutzes in einigen Bundesländern im
4 Zusammenhang mit den Morden der NSU und angesichts der hochproblematischen Praxis des
5 Einsatzes von V-Leuten, die in nachgewiesenen Fällen zur Förderung neonazistischer Strukturen
6 beigetragen hat, fordern und befördern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine öffentliche und
7 umfassende Aufgabenkritik des Landesverfassungsschutzes auch in Mecklenburg-Vorpommern. Im
8 Lichte der Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse zu den NSU-Morden muss auch das Verhältnis
9 polizeilicher und geheimdienstlicher Ermittlungsaufgaben in die Kritik genommen werden. Dabei
10 stellt sich auch die grundsätzliche Frage, ob geheimdienstliche Praktiken dem Schutz der
11 Demokratie dienen können oder diese nicht sogar beschädigen.

12

13 Der Landesvorstand wird deshalb beauftragt,

14

15 a) die Debatte um die Zukunft des Landesverfassungsschutzes innerhalb der Partei aber auch in der
16 Öffentlichkeit fortzuführen, zum Beispiel in Form einer öffentlichen Veranstaltung oder eines
17 Workshops,

18

19 b) für eine der folgenden beiden Landesdelegiertenkonferenzen einen entsprechenden
20 Grundsatzbeschluss vorzubereiten.

19

20